



radikalisierte
Gruppierung
ist

3. März 2012 in Regional 0 Kommentare

Bei Rechtsextremen beliebte Bekleidungsmarke hat eigenes Geschäft eröffnet

Chemnitz. Der schwarze Namenszug über der Ladentür weckt ungute Assoziationen. „Ist das nicht der, der in Norwegen die 77 Menschen erschossen hat?“, wundert sich ein älterer Herr aus der Nachbarschaft. Nicht ganz. Der Attentäter von Oslo und Utøya heißt Breivik, der am Donnerstag eröffnete Laden an der Mühlenstraße „Brevik“. Dabei handelt es sich um die neueste von deutschlandweit nunmehr 13 eigenen Vertriebsfilialen, die das brandenburgische Unternehmen Mediatex nach eigenen Angaben für die unter Anhängern der rechtsextremen Szene beliebte Bekleidungsmarke Thor Steinar unterhält. Was der Name des Ladens bedeuten soll, dazu wollte das Unternehmen sich am Donnerstag auf Anfrage nicht äußern.

Am Brühl und in dessen Umfeld hätte man auf diesen Beitrag zur Belebung des von Leerstand gezeichneten Viertels offenbar gern verzichtet. Große Augen und entsetztes Kopfschütteln am Donnerstag von der Grundschule bis zum Geschäft an der Ecke. „Dass die sich ausgerechnet hier niederlassen müssen“, meinte eine Ladenbesitzerin. „Brevik? Das geht gar nicht“, empörte sich ein Geschäftsmann. „Da denkt man ja sofort an Oslo.“ Und schon werden erste Befürchtungen laut, dem Klamottenladen könnten über kurz oder lang weitere Treffs der rechten Szene im Viertel folgen.

Sabine Zimmermann, Regionsvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, sieht sich durch die Neueröffnung in ihrer Sorge bestätigt. „Die Rechten sind längst in der Mitte der Gesellschaft angekommen“, sagte sie am Donnerstag bei der Vorstellung einer Situationsanalyse zur rechten Szene in Chemnitz. Die reichlich 70 Seiten umfassende Broschüre sowie ein Internetportal geben unter anderem einen aktuellen Überblick über rechte Strukturen in der Stadt. Zwei Jahre lang hat ein Team von Kennern der Szene recherchiert und bislang nur verstreut zugängliche Informationen zusammengeführt – über die Aktivitäten der NPD, aber auch über die der sogenannten freien Kräfte sowie der im Stadtrat vertretenen Vereinigung Pro Chemnitz. Zudem wird über Musikvertriebe und Ladengeschäfte sowie über

weniger bekannte völkische Zirkel, „Volkstanzkreise“ und Wandergruppen informiert.

„Was bisher meist mit einem hohem Zeit- und Rechercheaufwand verbunden war, ist nun mit wenigen Klicks erreichbar“, sagte Zimmermann. Geplant sei, das Online-Portal regelmäßig zu aktualisieren und das Untersuchungsgebiet auf das Chemnitzer Umland auszudehnen. Von der Broschüre sollen mehrere Hundert Exemplare in den kommenden Wochen an den Schulen der Stadt verteilt und Chemnitzer Vereinen zur Verfügung gestellt werden.

Mit ihrer Einschätzung stehen die Macher der Analyse nicht allein. Auch der Verfassungsschutz bezeichnet die Stadt als „Schwerpunkt der rechtsextremistischen Szene des Freistaates“. Mehr als 200 Rechtsextremisten seien hier ansässig, so Presse-Sprecher Alrik Bauer. Zudem existiere eine ausgeprägte und aktive Szene parteiungebundener Extremisten, die unter Bezeichnungen wie „Freie Kräfte“ oder „Nationale Sozialisten Chemnitz“ agierten. Kleidung von Thor Steinar hatte die Behörde bereits vor Jahren als „identitätsstiftendes Erkennungszeichen“ der rechten Szene bezeichnet. Im Bundestag, einer Reihe von Fußballstadien und Bildungseinrichtungen ist das Tragen der Marke verboten. Mehrere Thor-Steinar-Läden mussten auf Druck von Nachbarn und Vermietern bereits schließen.

Mehr über die rechte Szene in Chemnitz unter www.wachsam-in-chemnitz.de

Quelle: <http://www.freiepresse.de/NACHRICHTEN/TOP-THEMA/Rechte-Szene-in-Chemnitz-Neuer-Laden-am-Bruehl-sorgt-fuer-Unbehagen-artikel17920338.php>

Chemnitz

3. März 2012 in Lokal 0 Kommentare

Von Thomas Schade

Limbach-Oberfrohna hat ein Problem mit Neonazis. Auch Lukas wurde ihr Opfer. In seiner Schule engagiert er sich dennoch gegen Rechtsextremismus und erhält sogar Hilfe.

Nicht jeder würde zu Lukas sagen: Junge, du hast die Haare schön. Der 17-jährige trägt Iro. Er hat sein Seitenhaar abrasiert. Der bordeauxrote Mittelschopf fällt über die Stirn tief ins Gesicht. Mit Gel oder Zuckerwasser könnte er ihn auch aufrichten ? wie es Indianer vorzeiten taten und wie es Punks heute tun, um möglichst martialisch auf ihre Umgebung zu wirken.

Doch Lukas wirkt keineswegs bedrohlich an diesem Abend. Bei einem Spaziergang durch Limbach-Oberfrohna schaut er eher besorgt drein und beobachtet genau, wer ihm in der Dunkelheit entgegenkommt. Lukas ist der Sohn zweier Juristen im sächsischen Staatsdienst und besucht das Gymnasium der Stadt. Dort hält er in der Elften ganz ordentlich mit und will später Geschichte studieren auf Lehramt. Geschichte sei wichtig, sagt Lukas, insbesondere die deutsche Geschichte und da vor allem die des ?Dritten Reiches?. Da sei Aufklärung nötig unter jungen Leuten, und die müsse in der Schule anfangen.

Limbach, gleich hinter Chemnitz, sorgte mal für Schlagzeilen, als ein Raser mit dem Auto in den Kirchturm flog. Aber es gibt in der netten Kleinstadt noch immer Ecken, da geht Lukas nicht allein hin. Die Plattenbauten in Pleiße sind so ein Viertel. Denn mehr als einmal schon wollten Neonazis dem Jungen ans Zeug. 2008, vor der Schule, es war das erste Mal, da flog ihm aus einem vorbeifahrenden Auto eine Bierdose an den Kopf. ? Drin saßen drei Glatzen?, sagt er. Ein anderes Mal flüchtete Lukas in einen Drogeriemarkt, weil ihm eine Horde Rechter nachstellte. Im Schutz der Überwachungskameras des Marktes wartete er, bis ihn sein Vater mit dem Auto abholte. Nach dem städtischen Volleyballturnier wurden ihm und seinen vietnamesischen Mitspielern Schläge angedroht, nur weil sie gegen eine Schulmannschaft gewonnen hatten, in der ?Birnen? mitspielten, wie Lukas die Rechten auch nennt.

Neonazis stellen dem 17-Jährigen nicht nur wegen seines Iro nach. Mittlerweile ist stadtbekannt, dass Lukas sich aktiv gegen braune Umtriebe engagiert. Das führte so weit, dass eines Tages ein Dutzend Vermummte vor Wunderlichs Wohnung standen und brüllten, Lukas solle rauskommen. Weil er drinblieb, schlugen sie die Scheibe ein. Das war 2010, einen Tag nach seinem Geburtstag. ?Jetzt haben wir Sicherheitsglas. Einer wie ich muss hier damit leben, dass ihm Nazis auflauern.?

Wie es anfang mit dem Konflikt, kann Lukas gar nicht mehr sagen. In der Schule hätten ihn in der 5. oder 6. Klasse Bilder über KZs und den Holocaust schockiert. Da habe er angefangen, über Nazis nachzudenken. ?Wer diese Greuelthaten leugnet und Nazis verherrlicht, die das angerichtet haben, mit denen wollte ich nichts zu tun haben.? Später sei er im Infoladen ?Schwarzer Peter? auf junge Leute getroffen, die auch so denken wie er. Da ging er in die 8. Klasse, und draußen auf der Straße riefen ihm Sechstklässler nach ?Scheiß-Zecke?.

Lukas wurde Zeuge, wie die rechtsextremistische NPD den Ort für sich entdeckte. Parteiideologe Jürgen Ganzel frohlockte 2011 im MDR, man fühle sich im Ort gut aufgehoben, und er habe den Eindruck, dass seine Partei hier Gehör finde. ?Die hielten hier ihren Parteitag und andere Treffen ab?, sagt Lukas. Er beobachtete, dass Wände und Fassaden immer häufiger mit Nazi-Schmierereien verunstaltet wurden. Spätestens nach dem 13. November 2010 konnte auch im Limbacher Rathaus keiner mehr darüber hinwegsehen, dass die Stadt ein Problem mit dem Rechtsextremismus hat. In jener Nacht zerstörte ein ortsbekannter Neonazi bei einem Brandanschlag das Domizil des Sozialen und politischen Bildungsvereins, dem auch Lukas angehört. Der Verein suchte ein neues Domizil in der Sachsenstraße, auch das wurde Pfingsten 2011 von Neonazis angegriffen.

In der Dämmerung steht Lukas vor dem Mehrfamilienhaus in der Sachsenstraße 26 und zeigt auf die vergitterten Fenster des neuen Infoladens. Das schützende Metallgeflecht hat Dellen. ?Da sind die Steine dran geflogen.? In der Stadt mussten zusätzlich Polizisten eingesetzt werden, um die Sicherheit aufrechtzuerhalten. Einige der Rechten hätten Kontakt zur verbotenen Neonazigruppe ?Sturm 34? gehabt, sagt Lukas. Mittlerweile ist es ruhiger

geworden. Das liege auch daran, dass einige rechte Straftäter in U-Haft sitzen. Andere sind vorsichtiger geworden, weil sie zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden und nicht negativ auffallen wollen. Auch der Brandstifter, der das Vereinsheim zerstörte und bei Lukas die Fensterscheibe zerschlug, ist inzwischen verurteilt.

Dennoch habe der Ort nach wie vor ?ein Problem mit Neonazis? und ?eine rechte Szene, die auf Gewalt aus ist?, sagt der Berliner Politikwissenschaftler Hajo Funke nach einem Besuch in der Stadt. Im Rathaus versucht man schon seit Monaten, gegen diese öffentliche Wahrnehmung in die Offensive zu kommen. Oberbürgermeister Hans-Christian Rickauer lässt keine Möglichkeit aus, um Position zu beziehen. Vergangenen Freitag gedachte er mit Mitarbeitern der Opfer rechtsextremistischer Gewalt und verurteilte in einer Erklärung die Morde der Zwickauer Terrorzelle. Auch ein Hausverbot für Neonazis in städtischen Einrichtungen wird derzeit diskutiert. Dennoch glaubt Funke, dass dem Stadtoberhaupt die Souveränität fehle, um alle Kräfte zu integrieren, die sich gegen die braunen Umtriebe im Ort einsetzen.

So konstituierte sich 2011 ein Buntes Bürgerforum. Besorgte Eltern, Vertreter von Parteien und Kirchen nahmen es aus verschiedenen Gründen nicht hin, dass die Stadt ?zu einer Hochburg rechter Aktivitäten wird? und demonstrierten. CDU und FDP traten nicht bei, sondern stampften selbst ein Bündnis für Demokratie und gegen Extremismus aus dem Boden. Zum Mitmachen eingeladen wurde auch die NPD.

Das sei der typische ?Extremismusbrei?, sagt Lukas, da würden immer noch alle in einen Topf geworfen. ?Wie wollen diese Leute die eigentliche Gefahr erkennen??, fragt er und zeigt am Computer eine der jüngsten Internetansprachen des Oberbürgermeisters im neuen städtischen Jugendklub Suspekt. Im Hintergrund der Szenerie bemalen drei junge Männer eine Wand des Klubs. ?Zwei von ihnen sind stadtbekannte Neonazis?, sagt Lukas. Angeblich seien sie dabei, aus der Szene auszusteigen, aber das glaubt Lukas nicht. ?Ich habe von denen andere Dinge gehört.?

Am Albert-Schweizer-Gymnasium zeigt Lukas auf die gegenüberliegende Seite der Pleißeer Straße. ?Sie war immer mit Nazi-Parolen beschmiert.?. Vergangenen Sommer griffen Schüler und Kunsterzieher zu Pinsel und Farbe und ließen die braunen Parolen hinter einer farbenfrohen Szenerie verschwinden. ?Die Mauer der Toleranz war unser Signal, dass wir eine weltoffene Stadt wollen und mit Neonazis nichts am Hut haben?, sagt Schulleiterin Marion Rotstein.

In den Winterferien hat Lukas vor Mitschülern seines Gymnasiums über Rechtsextremismus geredet. Zuvor hatte er beim Netzwerk für Demokratie und Courage dafür extra eine Qualifizierung absolviert. ?Es geht um Diskriminierung, Rassismus, Migration und um solche Fragen: Wie ticken Neonazis? Was wollen sie? Warum sind sie eine Bedrohung der Demokratie??. sagt er. Eine Woche paukte er zusätzlich in Chemnitz: Grundwissen, Methodik, Moderation und hospitierte, um zu sehen, wie Projektstage funktionieren.

Vor einigen Tagen gestaltete er seine ersten Projektstage vor 15 Schülern, die nur drei, vier Jahre jünger sind als er. Die Gesellschaftskundelehrerin saß ganz

hinten und hörte nur zu. Sie haben Rollenspiele gemacht, Pinnwände gefüllt, Nazi-Parolen analysiert und Gegenargumente gesucht. ?Alle haben mitgemacht, es wurde nie langweilig, und es war gut, das Interesse zu spüren?, sagt Lukas. Auch Schulleiterin Rotstein bescheinigt ihm solide Arbeit. Lukas glaubt, dass man vor allem mit den 13- und 14-jährigen arbeiten müsse, damit sie nicht in die Neonaziszene driften. Aber er kennt nur einen Schüler im Ort, der ebenfalls so eine Arbeit leistet wie er.“

Quelle: Sächsische Zeitung am 29.02.2012

28. Februar 2012 in Regional 0 Kommentare

<http://www.youtube.com/watch?v=TAm1bXPgc1U&sns=fb>

22. Februar 2012 in Regional 0 Kommentare

[http://www.youtube.com/watch?](http://www.youtube.com/watch?v=ZUhiPp1EmJQ&context=C339e3bfADOEgsToPDskLvU56P1fULU8loccq9a_fn)

[v=ZUhiPp1EmJQ&context=C339e3bfADOEgsToPDskLvU56P1fULU8loccq9a_fn](http://www.youtube.com/watch?v=ZUhiPp1EmJQ&context=C339e3bfADOEgsToPDskLvU56P1fULU8loccq9a_fn)

und

[http://www.youtube.com/watch?](http://www.youtube.com/watch?v=kr6fZJXcdYE&feature=plcp&context=C3d42b1aUDOEgsToPDskI5PBSHatmrjraZXv5LmLh8)

[v=kr6fZJXcdYE&feature=plcp&context=C3d42b1aUDOEgsToPDskI5PBSHatmrjraZXv5LmLh8](http://www.youtube.com/watch?v=kr6fZJXcdYE&feature=plcp&context=C3d42b1aUDOEgsToPDskI5PBSHatmrjraZXv5LmLh8)

20. Februar 2012 in Überregional 0 Kommentare

Auch in Leipzig ist das Thema “Gentrifizierung” angekommen. Insbesondere in den innenstadtnahen Vierteln und in Teilen des Leipziger Westens und auch im Süden lassen sich verstärkt Besserverdienende nieder, Mieten steigen und der Platz für ärmere Menschen und alternative, selbstorganisierte Projekte wird enger oder verschwindet ganz und gar. Seit kurzem werden in der Windmühlenstraße und in der Kantstraße die Konsequenzen der Privatisierung von kommunalen Wohnungen sichtbar. Der Wohnkomplex in der Windmühlenstraße, in dem sich auch Kleingewerbe und Gastronomie niedergelassen hat, wurde zum 1. April 2011 an einen privaten Investor verkauft. Dieser will den Komplex sanieren, Mietsteigerungen werden die unweigerliche Folge sein. In dem von BewohnerInnen selbst gestalteten Innenhof soll zudem ein Discounter errichtet werden. Der Protest von BewohnerInnen und UnterstützerInnen traf bei Stadt und Investor auf taube Ohren, besonders widerspenstigen Gewerbetreibenden wurde sogar gekündigt. Ähnliches spielt sich in der Kantstraße in der Südvorstadt ab. Dort

wurden zwei Doppelhauswohnblöcke von der städtischen Wohnungsbaugesellschaft LWB an eine privatwirtschaftliche Immobilienfirma verkauft, die bereits jetzt versucht, BewohnerInnen mit fragwürdigen Entmietungspraktiken los zu werden. Hintergrund dafür ist vermutlich die Absicherung eines baldigen reibungslosen Starts von Sanierungsmaßnahmen. Zum Jahresende 2011 wurde im Leipziger Osten ein weiterer Fall bekannt. Hier scheint eine renommierte Immobilienfirma die MieterInnen eines ihrer Häuser durch die gezielte Einmietung von gewaltbereiten Neonazis loswerden zu wollen. Durch Öffentlichmachung und Protest wurde mittlerweile der Auszug der Nazis, die den Hausfrieden durch gezielte Zerstörungen von Hausinventar, Einschüchterungs- und Bedrohungsaktionen störten, erwirkt.

Aufruf und Infos:

<http://wirbleibenhier.blogspot.eu/>



20. Februar 2012 in Überregional 0 Kommentare

Unter dem Motto: „Wilde Träume werden wahr – wir laden ein nach Afrika“ stehen die diesjährigen Karnevalsfeierlichkeiten des KCR (Karneval-Club Rochlitz). Wer hier allerdings im ersten Moment an wilde Tiere und aufregende Safari denk, liegt leider falsch. Wie am 16. 02. 2012 in der Freien Presse zu lesen war, wird das Programm des Karnevalclub mit einem sehr makaberen Scherz eingeleitet. Mit dem Satz: „So billig wie mit Rommel kommen wir nie wieder nach Afrika“ schlägt der Verein unserer Einschätzung nach völlig über die Strenge. Doch das ist nicht genug: in der Einleitung des „Sketches“ rollen zwei Darsteller bei Motorgeräuschen mit einem Panzer aus Pappe ein: Kriegverherrlichung als Unterhaltungsprogramm. Nachdem der „Sketch“ vor allem bei den Älteren zuschauern auf Kritik stieß, verteidigte der Sprecher des KCR Steffen Burkhardt den Vorfall mit den Worten: „Der Panzer und die Anspielung auf Rommel sind nur eine Art Klammer, mit der die beiden Protagonisten ihren Sketch eingeleitet haben. Das ist Satire, und Satire überhöht“. Für uns stellen sowohl der sogenannte „Sketch“ wie auch die Aussagen von Steffen Burkhardt eine Anmaßung dar. Erwin Rommel, als einer der wichtigsten Männer für Hitlers Feldzüge im 2. Weltkrieg, war maßgeblich an der Ermordung unschuldiger Menschen, getrieben durch Größenwahn, beteiligt. Es kann und darf nicht sein, dass Scherze auf Kosten derer gemacht werden, die in diesem von Deutschland ausgehenden Krieg ihr Leben ließen oder bis heute unter den dramatischen Erlebnissen leiden müssen. Zur Rechtfertigung, solch ein Scherz sei Satire, muss klar gestellt werden, dass wir das Satire auch Grenzen kennen muss, welche spätestens bei der Darstellung von Krieg als Amüsement erreicht sind. Wir verurteilen den „Sketch“ und die Aussagen des KCR, und fordern den Verein auf, den Sketch nicht weiter aufzuführen und sich für die Relativierung von Kriegsverbrechen und der daraus resultierenden Verhöhnung von Kriegsoptionen öffentlich zu entschuldigen.

Die Stadt Limbach-Oberfrohna hat ein Problem mit dem Rechtsextremismus. Um den Ort entspinnt sich ein zähes Ringen.

Von Uwe Kuhr

Dresden – Die mit rund 25.000 Einwohnern eigentlich recht überschaubare westsächsische Stadt Limbach-Oberfrohna wird das Image nicht los, ein Brennpunkt für rechtsextremistische Umtriebe zu sein. Seit Jahren sorgen Gruppierungen von bis zu 50 Neonazis immer wieder für Schlagzeilen. Nachdem im Herbst 2010 rechte Attacken auf einen linken Jugendklub in einer Brandstiftung gipfelten, geht die Stadt konsequenter gegen Täter, Sympathisanten und den Ruf vor, ein „rechtes Nest“ zu sein. Eine Expertenanhörung im Sächsischen Landtag in Dresden hat sich gestern exemplarisch der Lage in Limbach-Oberfrohna angenommen. Fazit: Die Gefahr sei noch lange nicht gebannt.

Geradezu stoisch zählte Uwe Reißmann, Chef der Polizeidirektion Chemnitz-Erzgebirge, den Aufwand auf, mit dem seine Behörde mit repressiven Mitteln versucht, der Lage Herr zu werden. Nach dem Brandanschlag, für den der Haupttäter zu zweieinhalb Jahren Haft verurteilt wurde, ist die Polizeipräsenz enorm erhöht worden. „Allein von März bis Dezember 2011 hat die Polizei 20.000 Einsatzstunden in Limbach-Oberfrohna geleistet, an denen 3000 Beamte beteiligt waren“, sagte er. Seit Juni 2011 gab es in diesem Zusammenhang 542 Personenkontrollen. Von zwölf Verhafteten seit Ende 2010 saßen neun noch in Haft.

Enormer Aufwand

Die Zahl der Delikte sei seither leicht zurückgegangen, bestätigten auch andere Experten. Sie verwiesen aber auf eine neue Qualität rechter Übergriffe. „Sie schlagen nicht mehr so häufig, dafür gezielter zu“, erklärte Hajo Funke, Politikwissenschaftler und Professor von der Freien Universität Berlin. Der ausgewiesene Szenekenner, der in Limbach-Oberfrohna eigene Recherchen angestellt hat, verwies auf den unveränderten Fortbestand der Neonazi-Strukturen. Um einen harten Kern von zehn bis zwölf „Kameraden“ gesellten sich bis zu 40 Anhänger, die nicht nur aus dem Ort, sondern auch aus Burgstädt, Lunzenau, Mittweida und Colditz kämen.

Dass dazu auch „alte Bekannte“ von der verbotenen Kameradschaft „Sturm 34“ aus Mittweida gehören, bestätigte auch Reißmann. Seine Leute hatten noch im November zwei Mitglieder der Schlägertruppe festgestellt, die seit Jahren auf ihren Prozess warten. Die Justiz arbeite einfach zu langsam, kritisierte Reißmann und benannte damit ein weiteres Problem. Erst Ende 2011 sei bei einer Befragung bekannt geworden, dass sich in Limbach-Oberfrohna ein „Nationaler Widerstand“ gebildet habe.

Funke verwies darauf, dass die „Stadtverwaltung immer noch nicht ganz verstanden hat, dass es sich um eine gewaltbereite rechte Szene handelt“. Sie

verbreite ein Klima der Angst und Bedrohung durch Terror. Vorschub geleistet habe eine jahrelange Verharmlosung des Phänomens in der Stadt. Er warnte vor einem „Rückzug des Rechtsstaats“.

Verbindung zum NSU-Umfeld

Zusätzliche Brisanz brachte Kerstin Köditz, Rechtsextremismusexpertin der Linken im Landtag, in die Debatte. Sie legte ein aktuelles Flugblatt der rechten Szene in Limbach-Oberfrohna vor. Neben martialischen Sprüchen zielt ein Jugendlicher mit einer Schusswaffe. Der bekannte Neonazi, war zu erfahren, sei der Sohn eines sächsischen Ehepaars, das im Fadenkreuz der Ermittlungen zum Unterstützerkreis des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) stehe. Dietrich Oberschelp, Präventionskoordinator im Rathaus von Limbach-Oberfrohna, räumte ein, dass seine Stadt ein Problem mit Rechtsextremisten habe. Aber es seien inzwischen nachhaltige Verbesserungen auszumachen. „Es hat sich schon viel getan.“

Quelle: Freie Presse Seite 6 am 10.02.2012



12. Februar 2012 in Regional 0 Kommentare

Für eine alternative, antifaschistische Kultur!

Aufhalten, blockieren, verhindern...

... von Naziaufmärschen ist in Sachsen nicht erwünscht. Antifaschismus wird durch den sächsischen Innenminister als Teil des Problems bezeichnet, obwohl die Offenlegung einer rassistischen Mordserie, begangen durch eine bundesweit vernetzte Gruppe Neonazis, dessen Notwendigkeit unterstreicht. Staatliche Anti-Extremismus-Programme, der Verfassungsschutz in Bildungseinrichtungen, inhaltslose Menschenketten und ein Wettlauf um das würdigere Gedenken an „deutsche Opfer“ sollen richten, was der Ordnung im Staate bedrohlich erscheint. Gleichzeitig werden Nazis, wie im vergangenen Jahr in Chemnitz, zum Propagieren des Nationalsozialismus durch Stadtzentren eskortiert und dabei friedliche Gegendemonstrant_innen und Blockierende durch die Ordnungskräfte von den Straßen geprügelt.

Neonazis muss trotz staatlicher Repression der öffentliche Raum streitig gemacht werden. Konsequenter Antifaschismus gilt es am 5. März auf die Straße zu tragen.

Willkommen in der Wirklichkeit

Seit Jahren demonstrieren am 05. März mehrere hundert Nazis von NPD und Freiem Netz durch Chemnitz, um im Rahmen des allgemeinen Gedenkens an die Bombardierung der Stadt 1945 den Nationalsozialismus zu verherrlichen und ihre geschichtsrevisionistischen, antisemitischen und rassistischen Inhalte in die Häuserschluchten zu skandieren.

Eine erfolgreiche Verhinderung dieses Aufmarsches, wie es beispielsweise in Dresden in den letzten zwei Jahren geschah, konnte bisher nicht realisiert werden. In Chemnitz sieht sich die Zivilgesellschaft aus Parteien, Verbände,

Initiativen und der Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig an der Spitze, mit erheblichen inhaltlichen und praktischen Mobilisierungsproblemen konfrontiert. Einmal im Jahr soll die Stadtgesellschaft sich gegen Nazis positionieren und möglichst umfangreich demokratisches Engagement zeigen. Untergraben wird dieser Anspruch durch die permanente Ignoranz gegenüber etablierten nationalsozialistischen Strukturen in der Stadt, durch weit über die Naziszene hinaus verbreitete rassistische und autoritäre Einstellungen und nicht zuletzt durch die polizeiliche Repressionen gegen Antifaschist_innen im Rahmen der Proteste gegen den Aufmarsch.

Dresden dient bei den Stadt-Vorderen als Vorbild für erfolgreiche Gegenaktivitäten, aber die notwendigen Voraussetzungen werden ignoriert. Die mangelnde Bereitschaft sich über Lagergrenzen hinweg zu verständigen, der Rückzug auf symbolische Aktionen weit ab der Naziveranstaltungen, kritikwürdige Gedenkfeierlichkeiten und eine aggressive "Ordnungspolitik" verhindern Jahr für Jahr die Verhinderung des Aufmarsches.

Während die Gedenkkundgebung der Neonazis 2008 trotz Anwesenheit der Polizei in völligem Chaos und massiven Übergriffen der „Trauernden“ auf vermeintliche Gegendemonstrant_innen versank, konnte der Demonstrationszug ein Jahr später direkt vor einem bereits mehrfach angegriffenen alternativen Zentrum in der Innenstadt eine Zwischenkundgebung abhalten. 2010 zog der bis dahin größte Neonaziaufmarsch in Chemnitz mit Fackeln nahezu unbehelligt durch die nördliche Innenstadt. Im letzten Jahr wurden friedliche Demonstrant_innen bei symbolischen Blockaden durch die Polizei in einem so enorm hohen Maß von der Straße geprügelt, dass dies selbst in Chemnitz eine Diskussion über die Art und Weise des Einsatzes und zahlreiche Strafanzeigen gegen Beamte zur Folge hatte. Zu einer Störung des Ablaufs der Nazidemonstration kam es hingegen nicht.

Betagter Lokalpatriotismus

Während viele Chemnitzer_innen sich 365 Tage im Jahr für oder gegen überhaupt nichts aussprechen, erregen satirische Schmäh-Artikel überregionaler Tageszeitungen ungewohnt viel Aufsehen. Wird Chemnitz hier doch u.a. in eine Reihe mit Orten, wie Tschernobyl und Stalingrad im Jahr 1943, gestellt. Ein schwieriger Vergleich, da Stalingrad 1943, ganz im Gegenteil zu Chemnitz, damals Nazi-frei wurde. Missfallen bei einem größeren Teil der Einwohner_innen erregt das nicht.

Neben jahrelanger Geldquelle und observiertem Unterschlupf für den NSU ist Chemnitz seit Jahren ein Zentrum der organisierten Neonaziszene und Jugendkultur. Die Nachfrage nach entsprechenden Devotionalien wird von nicht weniger als vier Geschäften und bundesweit relevanten Versandhändlern bedient. Darunter verdient das Geschäft „PC Records“ besondere Beachtung. Betreiber Yves Rahmel ist nicht nur Vorreiter in Sachen neonazistischer Musikproduktion und Vertrieb, er ist auch langjähriger Eventveranstalter neonazistischer Konzerte im Dunstkreis der Chemnitz-Zwickauer „Terrorzelle“ und Produzent einer CD, in welcher die neonazistischen Morde noch vor ihrer Entdeckung als solche gefeiert wurden.

Gleichzeitig hat Rahmel als Neonazi-Szenegröße ein Haus in Chemnitz-Markersdorf erworben, welches im November als neonazistisches

Veranstaltungs- und Bildungszentrum mit überregionaler Prominenz eröffnet wurde. Neben Sammel- und Veranstaltungspunkt für die Chemnitzer Kameradschaftsszene, soll auch ein Parteibüro von Holger Apfel, dem Bundesvorsitzenden der NPD, entstehen.

Chemnitz als Heimstätte bundesweit bedeutender Neonazis und deren Infrastruktur, als Wohn- und Wirkungsstätte neonazistischer Terrorist_innen, als Stadt wider alternativer Bildungs- und Kulturangebote – ein ruhiges Plätzchen für Lokalpatriotismus und ein passendes Zentrum für die “wissenschaftliche”, extremismustheoretische Untermauerung der Landespolitik.

Sächsische Dilemmademokratie

20 Jahre CDU-Regierung, mit Heimatdünkel, Anti-“Linkstrend“-Initiativen, neoliberalen Ethos und autoritärem Demokratieverständnis haben ihre Spuren hinterlassen. Der Reflex zum Ordnungsruf liegt nahe, das sächsische Versammlungsgesetz ist nur ein weiteres unrühmliches Beispiel zur Beschneidung von Freiheitsrechten. Neben bis dahin unbekannten und rechtlich umstrittenen Überwachungs- und Exekutivmaßnahmen rund um die Proteste gegen den Naziaufmarsch 2011 wird alles, was auch nur den Anschein hat, den Begriff Antifaschismus positiv zu besetzen, verfolgt oder verleumdet. Selbst ein Verbot des Logos der Antifaschistischen Aktion als verfassungsfeindliches Kennzeichen wird in Sachsen in Betracht gezogen. Blockierende aus Dresden wurden für ihr Engagement zügig abgeurteilt, um pünktlich zu den diesjährigen Dresdner Gedenkfeierlichkeiten den extremen Popanz präsentieren zu können. Verfahren gegen Landtagsabgeordnete wurden gemeinsam mit den Stimmen der NPD auf den Weg gebracht. Bundestagsabgeordneten lässt die sächsische Staatsanwaltschaft auf Geheiß der NPD die Immunität entziehen. Schwebende Verfahren, wie gegen die verbotene Kameradschaft Sturm 34, verdeutlichen die Intensität des Verfolgungsdrucks auf dem rechten Auge, während Initiativen, welche sich gegen Neonazis zur Wehr setzen, öffentlich abgewertet und behindert werden. Die politische Auseinandersetzung in Sachsen und damit auch in Chemnitz, hat eine Kultur hervor gebracht, welche entweder delegiert oder vom Rand aus beobachtet. Dabei fungieren sie wahlweise als Jubel- oder als Gedenksachsen, hauptsächlich vom Zaun aus, mit dem gebotenem Abstand.

In Bezug auf Blockaden von Neonazidemonstrationen befinden sich die Aktivist_innen daher hierzulande nicht nur in einem rechtlichem Dilemma. Aufrufende und Unterstützer_innen werden propagandistisch als potentielle Straftäter_innen diffamiert und juristisch verfolgt. Um wirkungsvolle Aktionen gegen Neonaziaufmärsche durchzuführen, sind solidarisches Handeln und das Erreichen einer kritischen Masse erforderlich. Einzelne sind andernfalls nur Spielball der Ordnungskräfte und öffentlich zu verleumdende “Straftäter Links”. Dass der letztjährige Neonaziaufmarsch in Chemnitz nur gegen entschlossene Blockadeversuche mehrerer hundert Antifaschist_innen durchgesetzt werden konnte, ist ein Grundstein, auf dem aufgebaut werden muss. Der sächsischen Lethargie sind antifaschistische Aktivitäten entgegen zu stellen, welche sich dem Ruf nach Ruhe und Ordnung entziehen und den Nazis keinen Raum überlassen. Eine breite antifaschistische und autonome Mobilisierung in und um Chemnitz ist daher mehr als notwendig und das nicht nur am 5. März.

Gehaltvoll intervenieren!

Unser Ziel ist eine intensive Auseinandersetzung mit Neonazis in Chemnitz und die Verhinderung jeglicher neonazistischer Veranstaltungen. Dabei kommt alternativen Kulturangeboten eine besondere Bedeutung zu, sind diese in der Lage, antifaschistische und kosmopolitische Mindeststandards zu vermitteln. Ihre Funktion ist daher nicht eine bloße Erweiterung des Angebotes für Nischenkonsument_innen, sondern die einer kritischen Gegenkultur, welche sich mit emanzipatorischen Inhalten und Praktiken einmischt. Wem an einer Änderung der hiesigen Zustände gelegen ist, die/der muss gegen die neonazistischen Aufmärsche und öffentlichen Geschichtsrevisionismus aktiv werden.

Welchen Platz Neonazis am 5. März einnehmen, entscheidet sich an der Entschlossenheit und Solidarität der Menschen, welche ihnen den öffentlichen Raum für ihre politischen Zwecke ganz gar nehmen und dies so, dass weitere Versuche unattraktiv werden.

Unser Ziel ist die lautstarke und massenhafte Vermittlung antifaschistischer Praxis als gesellschaftlicher Gegenwehr, sowie die Schaffung von Verhältnissen, in denen es als unverhältnismäßig angesehen wird, Naziaufmärsche mit Hilfe von Polizeigewalt durchzusetzen!

Den Nazis gemeinsam und entschlossen entgentreten – jetzt erst recht!

5. März 2012 um 16 Uhr – Bahnhofsvorplatz!

Quelle: <http://lookback.blogsport.de/aufruf/>

Neonazigewalt
bis hin zum Mord

12. Februar 2012 in Überregional 0 Kommentare

Eigentlich stellt sich die Situation in Dessau dar, wie sie in einer mittelgroßen, ostdeutschen Stadt zu erwarten ist:

Tief in der Bevölkerung verankerter Rassismus und Nationalismus, eine zwar kleine und intellektuell bemitleidenswerte, aber organisierte Neonaziszene mit fließendem Übergang zu rechtslastiger Jugendkultur, homophobem Mackergehabe, Stammtischnazis und einem rechtsdominierten Fußballverein, ein NPD-Stadtrat, überforderte Behörden, rassistische Polizeibeamte, einige gutwillige „Zivilgesellschaftler“, viele „Extremismus“-Bekämpfer, ein paar Student_innen, ein „Ausländer“-Anteil von knapp 2 %, eine kommerzialisierte, „alternative“ Kulturszene und eine marginalisierte, radikale Linke.

So weit, so schlecht. Und zweifelsfrei genug Grund für eine Demo.

Einige Ereignisse der letzten 12 Jahre allerdings sorgten auch bundesweit dafür, dass sich die Stadt an Mulde und Elbe ihr bejammertes Image redlich verdient hat.

Neonazigewalt bis hin zum Mord an Alberto Adriano im Juni 2000, seither fast jährlich Aufmärsche, Polizeiskandale (Stichwort Staatsschutz-Skandal), rassistische Polizeikontrollen und natürlich der

immer noch ungeklärte Tod von Oury Jalloh in Zelle 5 des Polizeireviere
am 7. Januar 2005.

In den letzten Wochen nun hat sich die Lage für all jene noch einmal verschärft, die sich den Dessauer Zuständen nicht völlig ergeben oder wegen ihrer Hautfarbe gar keine Chance zur Konversion haben.

Die Demonstration zum siebenten Todestag von Oury Jalloh am 7. Januar wurde von der Polizei durch einen Strategiewechsel für eine skandalöse Gewalteskalation genutzt. Angeblich sei die Parole „Oury Jalloh — das war Mord!“ strafbar, weshalb das Zeigen entsprechender Transparente unterbunden werden müsse, so die durchsichtige Begründung.

Zehn Tage später dann soll ein Nichtweißer einen Weißen — ausgerechnet Spieler des rechtslastigen Fußballvereins ASG Vorwärts Dessau -- niedergestochen haben, weil dieser sich in einen vermeintlichen Raub eingemischt hätte.

Was folgte waren zwei Demonstrationen mit bis zu 400 Teilnehmer_innen, bei denen sich unter Sprechchören wie „Deutschland den Deutschen, Ausländer raus!“ und „Hier marschiert der nationale Widerstand“ klare Neonazis mit rechten Hools, Stammtischrassist_innen und sich ihres Rassismus` nicht einmal bewussten Wutbürgern mischten. Auch das Ordnungsamt der Stadt als Versammlungsbehörde hatte kein Problem mit den Anmeldern, die beide als rechts bekannt sind, und machte sich auf diese Weise zum Erfüllungsgehilfen des rassistischen Mobs.

Die in Dessau ohnehin schon gefährliche Situation für Menschen mit „Migrationshintergrund“, soziale Randgruppen, alternative Jugendliche oder politisch aktive Antirassist_Innen und Antifaschist_Innen hat sich durch die rassistische Eintracht aus Bürger_Innen, Nazis, der Stadt und der Polizei noch einmal deutlich verschärft.

Angesichts dieser neuen Dimension des rassistischen Normalzustandes ist eine klare, antifaschistische und antirassistische Intervention in der Stadt von Bauhaus und Zyklon B bitter nötig.

Zeigen wir, dass wir solche Verhältnisse nicht widerspruchslos hinnehmen! Ob in Dessau, Plauen, Velbert oder sonstwo!

Auch wenn dies nur ein Anfang sein kann: kommt am 25. Februar zur überregionalen, antirassistischen Demonstration nach Dessau!

Den rassistischen Konsens brechen — Dessauer Verhältnisse angreifen!
Oury Jalloh — das war Mord!

Quelle: <http://dessauerverhaeltnisse.blogspot.de/2012/02/09/rassistischen-konsens-angreifen-dessauer-verhaeltnisse-angreifen/>

Die Gefahr des Rechtsextremismus in Limbach-Oberfrohna wird heute im sächsischen Landtag behandelt. Wie ist die Situation in der Stadt derzeit? Ein Überblick.

Limbach-Oberfrohna – Laut der Extremismusexpertin der Linken, Kerstin Köditz, sind Neonazis derzeit verstärkt in Limbach-Oberfrohna aktiv. „Es gibt Bestrebungen, dort eine ‚national befreite Zone‘ zu etablieren“, sagt Köditz. Sie wirft der Stadtverwaltung vor, das Problem herunterzuspielen. Heute findet dazu eine Anhörung im Landtag statt.

Die Stadt lässt diese Vorwürfe nicht gelten und verweist auf Aktionen wie die Toleranz-Woche an Schulen, ein neues Sicherheitskonzept und einen neuen Jugendklub.

Auch aus Sicht der Polizei hat sich die Situation in Limbach-Oberfrohna verbessert. Seit Pfingsten vergangenen Jahres habe man kräftemäßig stark aufgestockt, sagt Pressesprecherin Jana Kindt. „Seitdem ist ein Rückgang der Straftaten von rechts verzeichnet worden.“ Genaue Zahlen für 2011 gebe es allerdings noch nicht, ergänzt sie.

Nach Einschätzung des Landesverfassungsschutzes ist das rechtsextremistische Gewaltpotenzial in und um Limbach-Oberfrohna allerdings nach wie vor existent, wie ein Sprecher gestern auf Anfrage mitteilte. „Eine organisierte linksextremistische Szene ist in der Stadt weiterhin nicht erkennbar.“

Am Denken einiger Jugendlicher soll sich allerdings wenig geändert haben – unabhängig vom Schultyp gebe es noch immer zahlreiche Rechte und Mitläufer, sagt ein 15-Jähriger Aussteiger aus der Szene. Selbst im neuen Jugendklub „Suspect“ sollen Rechte gesehen worden sein. Auf Foren im Internet kursieren diverse Artikel, in denen dem Oberbürgermeister von Limbach-Oberfrohna, Hans-Christian Rickauer (CDU), vorgeworfen wird, er habe sich dort vor zwei stadtbekannten Rechten fotografieren lassen.

Antonia Fritzsche, Sozialarbeiterin im „Suspect“, betont dagegen, dass es keine Extremisten im Klub gebe. Einer der beiden Jugendlichen auf dem Bild habe sich von der rechten Szene losgesagt, mit dem anderen sei man auf einem gutem Weg. In Zukunft soll für öffentliche Gebäude wie den Jugendklub eine Liste mit Namen von auffälligen Personen aus dem rechten Milieu erarbeitet werden. „Diese haben bei uns keinen Zutritt“, so Fritzsche. Allerdings wolle und könne sie Jugendliche mit rechtem Gedankengut nicht generell ausschließen. „Unsere Strategie ist, mit ihnen zu arbeiten. Viele kennen nichts anderes. Wir müssen ihnen neue Wege aufweisen.“

Wie sich das Problem in der Stadt außerhalb ihres Hauses entwickelt, könne sie schwer einschätzen. „Es war lange Zeit ruhig. Vor zwei Wochen, zum Gedenktag der Auschwitz-Befreiung, wollten Rechte in der Stadt aufmarschieren, das war ein Schock. Aber die Polizei konnte die Demonstration auflösen.“

Dietrich Oberschelp, Präventionskoordinator:

„Seit Mitte des vergangenen Jahres wirkt sich das neu erarbeitete Sicherheitskonzept positiv aus. Nach und nach haben wir so eine Vernetzung

unter anderem von Streetworkern, Ordnungsamt, Bereitschaftspolizei und Präventionsbeauftragtem erreicht. Erst vor wenigen Wochen landeten wir in dieser Hinsicht wieder einen Erfolg: Als 15 Rechtsextreme mit ‚Sieg Heil‘-Rufen auf dem Weg zu einer Sportveranstaltung in der Großturnhalle waren, wurden sie von Rathausmitarbeitern bemerkt, die die Polizei riefen. Innerhalb von drei Minuten waren Beamte anwesend, nahmen Personalien auf und erteilten Platzverweise. Hinter diesem konsequenten Durchgreifen steht die ‚Null-Toleranz-Maxime‘ unseres neuen Sicherheitskonzeptes. Um zu erreichen, dass die Rechten sich nie sicher fühlen können, finden auch zu unregelmäßigen Zeiten Streifen beispielsweise der Polizei statt. Außerdem ist aktuell seit dem vergangenen Jahr ein Moderator in der Stadt tätig, dessen Einsatz durch das Bundesprogramm ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ gefördert wird. Der unterstützt uns in unserer Präventionstätigkeit. Mit seiner Hilfe sind wir gerade dabei, eine große Arbeitsgruppe mit Schlüsselpersonen des öffentlichen Lebens der Stadt, also Schulleitern, Unternehmens- oder Vereinschefs, Pfarrern und so weiter aufzubauen.“

Moritz Thielicke, Parteiloser Stadtrat:

„Insgesamt hat sich die Quantität geändert. Die Übergriffe der Rechten sind weniger geworden. Das liegt zum einen an konsequenter Strafverfolgung gegen Neonazis, bei denen einige auch zu Bewährungsstrafen verurteilt wurden. Das macht die Rechten aber vorsichtiger. Zum anderen liegt das sicherlich auch an der Berichterstattung über die NSU. Trotzdem, die Aktionen sind in der Qualität gestiegen. Es gibt gut organisierte Aktionen der Rechten wie die Spontandemonstration vor zwei Wochen, die die Polizei aufgelöst hat. Das zeigt, es existiert weiter ein aktiver rechter Kern. Die Aktionen der Stadt sind im Vergleich zu den vergangenen Jahren jedoch ein Fortschritt. Leider geht es einigen Kreisen in Limbach-Oberfrohna immer noch darum, das Image der Stadt aufzupolieren, statt problemorientiert zu agieren. Das spiegelt sich unter anderem im Netzwerk des guten Willens wieder. Statt erst die Lage zu analysieren und offensiv das rechte Problem anzugehen, wird versucht, allgemein am Image zu arbeiten. Dennoch versuchen wir weiter mit Leuten aus dem rechten Spektrum Kontakt aufzunehmen. Dabei mussten wir feststellen, dass mit ideologisch gefestigten Rechten eine vernünftige Diskussion unmöglich ist. Dennoch sind Bildung und offene Diskussion die effektivsten Mittel, um präventive Arbeit zu leisten.“

Jan Hippold, CDU-Landtagsabgeordneter:

„Die Stadt Limbach-Oberfrohna hat wie zahlreiche andere Kommunen auch ein Problem mit einigen rechtsextrem orientierten Jugendlichen, die allerdings im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung nicht einmal 0,1 Prozent ausmachen. Nachdem die Stadt auch vor dem Brandanschlag bereits zahlreiche Aktivitäten gegen Rechtsextremismus unternommen hatte, wurden diese seit November 2010 in effizienter Weise verstärkt und zeigen zunehmend Erfolge. Limbach-Oberfrohna partizipiert am Landesförderprogramm ‚Weltoffenes Sachsen‘ und hat im Rahmen dieses Programms im November 2011 an den weiterführenden Schulen eine ‚Woche der Toleranz‘ durchgeführt. Des weiteren nimmt Limbach-Oberfrohna an dem Projekt und Förderprogramm des Bundes ‚Zusammenhalt durch Teilhabe‘ teil, in dessen Rahmen es monatlich zu kleineren und größeren

Zusammenkünften von Persönlichkeiten des Öffentlichen Lebens aber auch von Multiplikatoren kommt, denen das Vorgehen gegen den Rechtsextremismus am Herzen liegt. Hier entstehen aktuell viele Vernetzungen und weitere Projekte gegen Gewalt und für Toleranz. Weitere Aktionen sind das Aktionswochenende Sport statt Gewalt, Tage des kritischen Kinos des Demokratie-Bündnisses und zahlreiche Aktionen des neuen Jugendklubs und des Jugendhauses in Rußdorf.“

Quelle: Freie Presse 9.2.2012 Seite 15

Kategorien

[Allgemein](#) (2)

[Überregional](#) (132)

[Lokal](#) (238)

[Regional](#) (41)

[Stay Rebel 2010](#) (8)

[Stay Rebel 2011](#) (10)

[Stay Rebel 2012](#) (1)

Clubs, Treffpunkte

[AJZ Chemnitz](#)

[AKuBiZ e.V.](#)

[Alte Schmiede](#)

[Atari](#)

[AZ Conni](#)

[AZ Dorftrottel](#)

[Cafe Taktlos](#)

[Conne Island Leipzig](#)

[Crasspub Chemnitz](#)

[Fischladen Leipzig](#)

[Jugendhaus Rosswein](#)

[Köpi](#)

[Reitbahnstr. 84](#)

[Roter Baum Zwickau](#)

[Schuldenberg Plauen](#)

[Squat Geringswalde](#)

[Subway to Peter Chemnitz](#)

[Treibhaus Döbeln](#)

Gruppen

[Artz](#)

[Emanzipatorischer Prozeß mittleres Erzgebirge](#)

[Antifaschistische Aktion Karl-Marx-Stadt](#)

[buntes Bürgerforum Limbach-Oberfrohna](#)

[RHG Chemnitz](#)

[aawe](#)

[Antifa Infoportal Freiberg](#)

[Bildungskollektiv Chemnitz](#)

[Inex](#)

[Investigate Thor Steinar](#)

[NIP Sachsen](#)

[Bündnis gegen Naziläden - Zwickau](#)

[Gleiche Rechte für Alle](#)

[Ladenschluss - Leipzig](#)

[different people](#)

[Antifaschistische FußballFan-Initiative Chemnitz](#)

[Netzwerk 360 grad](#)

Sonstiges

[..ums Ganze](#)
[Alternative Dresden News](#)
[Braune Narzisse](#)
[Devnul](#)
[Dokmz](#)
[Elsterpiraten](#)
[FAU](#)
[Indimedia](#)
[Leipzig.noblogs.org](#)
[Moritz Thielicke](#)
[Myspace Stay Rebel Chemnitz](#)
[Myspace Stay Rebel Limbach-Oberfrohna](#)
[Netzwerk für Kultur- und Jugendarbeit](#)
[NPD-Blog](#)
[Pro Asyl](#)
[Redok](#)
[Stay Rebel Chemnitz](#)
[Stay rebel Limbach-Oberfrohna](#)
[turn it down](#)
[Venceremos Dresden](#)

Vereine

[Grüne Hilfe e.V.](#)
[Kulturbüro Sachsen](#)
[RAA Sachsen](#)
[Rote Hilfe e.V.](#)
[Sächsischer Flüchtlingsrat e.V.](#)